

Riehener Spital soll Kantonsspital werden

Sitzung des Weiteren Gemeinderates

Am Mittwochabend versammelte sich der Weitere Gemeinderat unter dem Vorsitz von Dr. R. Zinkernagel zu einer Sitzung, in deren Mittelpunkt die Orientierung über die gegenwärtige Spitalsituation durch den Gemeinderat stand.

Sorgen wegen Solebad

Eröffnet wird die Sitzung mit einer Interpellation von Dr. Martin Christ (lib.) betreffend Solebad in Riehen, vor allem im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Verkehr. Er fragt den Gemeinderat an, wie es möglich war, ein Gewerbe in einer ausgesprochenen Wohnzone zu bewilligen. Nachdem Dr. M. Christ seine Interpellation noch mündlich begründet hat, geht Gemeindepräsident Gerhard Kaufmann auf die aufgeworfenen Fragen ein. Eine Minderheit des früheren Gemeinderates erachtet die Bedingungen betreffend Zoneneinteilung für nicht erfüllt. Andererseits darf auf die Wünschbarkeit eines solchen Hallenbades hingewiesen werden. Er unterstreicht, daß der Gemeinderat bezüglich von Baugesuchen nur «beratende Stimme» hat. Die Baupolizei hat als zuständige Instanz das Bad — als «Gewerbe» — bewilligt. Nachdem die Nachbarschaft gegen das Bauvorhaben nicht opponierte, hatte auch der Gemeinderat keinen Anlaß, gegen das Projekt zu sein. Bezüglich des Verkehrs anerkennt auch der Gemeinderat die Problematik der entstehenden Situation; er hat deshalb die Verkehrsabteilung ersucht, nach einer bestmöglichen Lösung Ausschau zu halten. Abschließend hebt Präsident Kaufmann hervor, daß der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit Bauverwaltung und Verkehrspolizei den Bau überwachen wird.

Neue Lauf- und Sprunganlage

Gemeinderat E. Feigenwinter erläutert den Ratschlag, über den die Leser der RZ schon in der letzten Ausgabe orientiert worden sind. Vor allem unterstreicht er die Gründe, die für eine Tartan-Laufanlage und gegen die konventionelle Schlackenbahn sprechen. Der Gemeinderat hat sich nach eingehender Prüfung für die Tartanbahn entschieden. Er ersucht deshalb den Rat, dem Kredit von 957 000 Franken zuzustimmen. Der Quadratmeterpreis beträgt 129 Franken. Betont wird auch, daß der Beitrag von 200 000 Franken aus den Erträgen des Sport-Totos nur dann bewilligt wird, wenn eine Tartanbahn gebaut wird.

Die Diskussion eröffnet Dr. Jakob Frey (lib.), indem er einige Bedenken anmeldet, vor allem auch bezüglich Umfahrungsstraße. Auch erkundigt er sich nach der Frequenz des Sportplatzes, der hauptsächlich den Riehener Sportlern dienen soll. Offen ist auch die Frage nach der Lebensdauer einer Tartanbahn. — Den Reigen der Diskussionsredner setzt R. Beglinger (SP) fort, der — wie abschließend auch sein Vorredner — den Finger auf die Planung legt und von da her, da ein Gesamtplan für ein

Sportzentrum noch aussteht, Bedenken gegen die Tartanbahn äußert. Vor allem wünscht er eine Antwort auf die Frage, ob der Sportplatz in den nächsten 20 Jahren am jetzigen Ort bleibt.

Otto Schäublin (VEV) macht darauf aufmerksam, daß die beiden Votanten an der letzten Sitzung, an der viele der aufgeworfenen Fragen zur Sprache gekommen waren, nicht anwesend waren. Es geht jetzt einfach darum, die Leichtathletikanlage auszubauen. Auch Hans Mory (VEV) empfiehlt Zustimmung, da die Sache dringlich ist. Namens der katholischen Fraktion plädiert auch M. Chiquet für Zustimmung. Bezüglich der Frequenz wiederholt Statthalter Dr. W. Fellmann als Präsident der IG Sportvereine die an der letzten Sitzung gemachten Ausführungen. Bezüglich der Lebensdauer hat man eine 12jährige Erfahrung. Sie hat sich bestens bewährt. — L. Merz (rad.) wünscht Beantwortung der Frage, wie sich das jetzige Projekt mit der zwar verworfenen, aber doch nicht ganz preisgegebenen Umfahrungsstraße verhalte. — R. Schaufelberger (rad.) dankt dem Gemeinderat, daß er sich für eine Tartanbahn entschlossen hat. Nach einem weiteren Votum von Dr. M. Christ, der sich nach der Qualität des Tartanbelags erkundigt, und einem Schlußwort von Gemeinderat E. Feigenwinter, der u. a. auch die Frage der Umfahrungsstraße beantwortet, wird in der Abstimmung der Kredit von 957 000 Franken einstimmig bewilligt.

52 000 Franken für Drainage

Auch diesen Ratschlag, ebenfalls in der RZ vorbesprochen, erläutert Gemeinderat E. Feigenwinter, betonend, daß durch Drainage eine bessere Bodenunterlage geschaffen wird.

In der Diskussion wirft O. Schäublin (VEV) einige Fragen auf und beantragt namens der VEV Kommissionsberatung. Gemeinderat E. Feigenwinter gibt erschöpfend Auskunft, worauf Kommissionsberatung mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt wird. In der Schlußabstimmung wird der Kredit von 52 000 Franken einstimmig genehmigt.

Um ein Riehener Spital

Im Sinne einer Zwischenorientierung referiert Dr. Paul Meyer als Ressortchef. Im wesentlichen gab er folgendes bekannt:

Der Gemeinderat erachtet es als notwendig, daß der Weitere Gemeinderat über den Problembereich der spitalmäßigen Versorgung der Riehener Bevölkerung und die vom Gemeinderat geführten Verhandlungen eingehend orientiert ist.

Vorgeschichte

Ende 1961 teilte die Leitung der Diakonissenanstalt dem Gemeinderat mit, daß sie sich aus personellen und finanziellen Gründen gezwungen sehe, das bisher von ihr geführte Akut-Spital aufzuheben und in ein Chronisch-Krankenhaus umzuwandeln. Aufgrund dieser neuen Sachlage strebte der Gemeinderat den Bau eines gemeindeeigenen Akut-Spitals an. Es war ihm

von Anfang an klar, daß die Erstellung und der Betrieb eines Spitals die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde übersteigen. Er nahm daher mit den kantonalen Behörden Verhandlungen auf. Der Regierungsrat vertrat jedoch anfänglich die Ansicht, die Erstellung eines Akut-Spitals in Riehen lasse sich aus betrieblichen, personellen und finanziellen Gründen nicht rechtfertigen, da im Kanton kein Mangel an Akutkrankenbetten herrsche. Eine neuartige politische Situation im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Neubau des Bürgerspitals und dem Drängen der Gemeinde Riehen änderte die Haltung der Regierung in dem Sinne, daß sie der Landerwerbung des Sarasin-Gutes für einen Spitalbau und der eingehenden Abklärung der Kostenfrage aufgrund eines Vorprojektes zustimmte.

Der Gemeinderat setzte daher Anfangs 1968 eine Projektierungskommission für den Spitalbau ein. Der Weitere Gemeinderat bewilligte am 24. April 1968 einen Projektierungskredit von Fr. 100 000.—. Mit der Bearbeitung wurde das Architekturbüro Suter + Suter beauftragt, das im März 1970 die drei geforderten Varianten (Spital mit 240, 290 und 345 Betten) vorlegte. Am 11. Mai 1968 erwarb die Gemeinde das Sarasin-Gut zusammen mit dem Kanton im hälftigen Mit-eigentum.

In den folgenden Jahren stellten sich der Realisierung des Spitalbaus schwerwiegende Hindernisse in den Weg.

Der Gemeinderat war bisher davon ausgegangen, daß die Diakonissenanstalt im zu errichtenden Spital einen Teil des Pflegepersonals stelle und die Schwesternschule weiterführe. Im November 1969 teilte jedoch die Leitung der Diakonissenanstalt dem Gemeinderat mit, daß die Anstalt vom Frühjahr 1973 an nicht mehr in der Lage sein werde, ihr Spital weiterzuführen. Grund dazu sei der Schwesternmangel; daher müßten auch die Schwesternschulen aufgehoben werden. Damit keine Lücke in der spitalmäßigen Versorgung eintrete, könne die Gemeinde die Spital-räumlichkeiten mieten und das Spital bis zur Erstellung eines neuen Spitals selber weiterführen. Auch von kantonalen Seite her verschlechterten sich die Chancen für die Realisierung des Spitalneubaues. Unter dem Druck des beständig größer werdenden Mangels an Chronischkrankenbetten verlangte das Sanitätsdepartement die Aufnahme von immer mehr Chroniker-Betten in das Spitalprogramm, im September 1968 waren es schließlich 180.

Die Projektierungskommission akzeptierte diese Forderung, die die Senkung der Akut-Bettenzahl und die Vergrößerung der Spitalbauten bewirkte, nicht aber die Planungskommission, die ein Großprojekt auf dem Sarasin-Areal ablehnte, weil dadurch das Dorfbild wesentlich beeinträchtigt würde.

Der Gemeinderat konnte sich im April 1970, im letzten Monat vor Ablauf seiner Amtsperiode, nicht dazu entschließen, die Vorprojekte dem Weiteren Gemeinderat zu unterbreiten.

Entwicklung seit Mai 1970

Der neubestellte Gemeinderat hat die ganze Spitalfrage nochmals gründlich und grundsätzlich durchdacht und folgende Schlüsse gezogen:

1. Die Ursachen für die Stagnation der Verhandlungen sind das Raumprogramm, die Finanzen und Personalangelegenheiten. Die Bestrebungen des Kantons und diejenigen der Gemeinde in bezug auf die Anzahl der Chroniker-Betten stehen sich gegenüber. Hauptgrund für diese gegensätzliche Haltung ist das geringe Ausmaß des Areals des Sarasin-Gutes, das für den Spitalbau bereitsteht. Der Gemeinderat muß

darauf achten, daß das Dorfbild nicht zerstört wird, das Riehen gegenwärtig mit großen finanziellen Aufwendungen sich zu erhalten bemüht. Andererseits dürfen die erstrangigen Interessen unserer Gemeinde in bezug auf Akut-Betten nicht durch eine übermäßige Dotierung des Raumprogrammes mit Chroniker-Betten zu stark geschmälert werden.

Es ist offensichtlich, daß der Kanton je länger je weniger am Bau eines Akutspitals interessiert ist, weil der Bedarf an Akut-Betten auf Basler Boden gedeckt ist. Im kantonalen Finanzplan 1970—74 ist kein Betrag für ein Akut-Spital in Riehen eingesetzt. Obwohl die Gesundheitspflege grundsätzlich Sache des Kantons ist, muß es Aufgabe des Gemeinderates sein, sich darum zu bemühen, daß der Einwohnerschaft die Vorteile eines Spitals in Riehen erhalten bleiben. Es wird nicht möglich sein, daß die Gemeinde in finanzieller Hinsicht alleiniger Träger eines «Gemeinde-Spitals» oder einer Akut-Abteilung sein kann, besonders wenn man aufgrund der gegenwärtigen Spitalpatientenzahlen weiß, daß nur ein kleiner Teil der Pflegebedürftigen Einwohner unserer Gemeinde sein werden. Die Gemeinde ist jedoch bereit, an die Kosten des Spitals einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Wenn schon die Diakonissenanstalt das Spital wegen Schwesternmangels nicht weiterbetreiben kann, so würde die Gemeinde auf dem Gebiet der Spitalpersonalgewinnung auf riesige Schwierigkeiten stoßen, weil sie hier keinerlei Erfahrungen besitzt und nicht über sachkundige Personen verfügt, die ein Spital verwaltungsmäßig leiten könnten. Es drängt sich daher auf, daß das Spital vom Kanton geführt wird, der sich im Sanitätsdepartement auf geschultes Verwaltungspersonal stützen kann.

2. Für ein Riehener-Spital, zum mindesten für die Weiterführung des bestehenden Krankenhauses, spricht, daß der Kanton an einer Verminderung der Bettenzahl in der heutigen Notsituation auf dem Chroniker-Sektor nicht interessiert sein kann. Auch würden beim Wegfall des bestehenden oder der Nichtrealisierung eines neuen Spitals die in der Labor- und Therapie-Abteilung zahlreich durchgeführten Untersuchungen und die Notfallbehandlungen den städtischen Spitälern anfallen.

Der Gemeinderat trat mit dem Vorsteher des Sanitätsdepartements und schließlich mit dem Regierungsrat in Verhandlungen ein, damit im Hinblick auf die bevorstehende Aufhebung des Diakonissenspitals ein rascher Entscheid über die Weiterführung des jetzigen Spitals getroffen werde. Es war ihm dabei klar, daß die Modalitäten der Spitalleitung und der Trägerschaft bei dieser Uebergangslösung den Spitalbau wesentlich präjudizieren. *Der Gemeinderat ersuchte daher angesichts der oben angeführten Gegebenheiten den Regierungsrat, der Kanton möge das Riehener Spital weiterführen. Zugleich legte er den kantonalen Behörden einen Alternativvorschlag zum Sarasinpark-Projekt vor: auf dem Stettenfeld könnte ein Spital größerer Dimension gebaut werden, das sowohl den Bedürfnissen des Kantons entgegenkommt, als auch den Wünschen der Gemeinde entspricht.*

Resultate

Der Regierungsrat stellt fest, daß der Kanton aus verschiedenen Gründen, wie z. B. den ernüchternden Erfahrungen mit dem Bürger- und Kinderspital, zur «rollenden Spitalplanung» übergehen mußte. Einem Spitalbau auf dem Stettenfeld kann er nicht zustimmen, da es sich dort um das letzte große freie Areal

unseres Kantons handelt, das für den Wohnungsbau bereitgestellt werden kann. Das zukünftige Spital, das jetzt ein Kantonsspital sein soll, muß im Sarasin-Gut bleiben. Man hat sich in der Dimension derart zu beschränken, daß das Dorfbild nicht gestört wird. Die SpitalgröÙe wird neu überprüft und das Programm den künftigen Gegebenheiten angepaßt in der Meinung, daß ein Chronikerspital mit einer kleinen Akutabteilung entstehen soll. Im Jahre 1973 oder 1974 glaubt der Kanton, in dieser Sache klarer zu sehen.

Was das Diakonissenspital betrifft, erklärt sich der Kanton zur Weiterführung des Spitals bereit. Das Sanitätsdepartement wird die bereits aufgenommenen Verhandlungen mit der Leitung der Diakonissenanstalt und der Gemeinde Riehen an die Hand nehmen.

Der Gemeinderat freut sich, daß damit die Weiterführung des Spitals gesichert und die Situation auch für Aerzte, Schwestern und übriges Personal nach längerer Zeit der Ungewißheit geklärt ist. Er nimmt auch mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Regierungsrat sich an sein seinerzeitiges Versprechen, in dem Riehener Spital eine Akut-Abteilung einzurichten, gebunden fühlt. Der Gemeinderat wird sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, daß der Spitalbau im Sarasin-Gut in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Zu gegebener Zeit wird der Gemeinderat dem Weiteren Gemeinderat in der Spitalsache wiederum berichten.

Auf Antrag von Dr. J. Frey (lib.) wird die Diskussion über dieses wichtige Problem auf eine nächste Sitzung verschoben.

Kunstkommission

Gemeinderat Dr. P. Meyer orientiert über Aufgabe und Zweck der auf Grund eines Anzugs S. Schudel (VEW) geschaffenen Kunstkommission, die aus 6 Mitgliedern besteht und ex officio vom Ressortchef (Dr. P. Meyer) präsiert wird.

Beitrag an die Korewori-Sammlung

Dr. H. Koechlin (lib.) und Consorten regt in einem Anzug eine Beitragsleistung an die Anschaffung der Korewori-Sammlung für das Basler Museum für Völkerkunde an.

Der Anzug wird entgegengenommen.

Abschließend werden noch drei kleine Anfragen von H. Bürgenmeier, J. Eichenberger (beide BMG) und von R. Soiron (kath.) bekanntgegeben.

Ganz zum Schluß gibt Gemeindepräsident G. Kaufmann bekannt, daß — im Sinne eines Versuchs — öffentliche Orientierungen über aktuelle Bauvorhaben der Gemeinde veranstal-

tet werden sollen. Auf diese Weise soll um Verständnis für die großen Riehener Projekte geworben werden. H. Kr.

Interpellation Dr. Martin A. Christ

Betrifft Soleschwimmbad im Essigwegli und die damit zusammenhängenden Verkehrsverhältnisse

Durch die Pressekonferenz vom 20. August 1970 sowie durch die nicht restlos befriedigende Antwort des Gemeinderates auf die Kleine Anfrage von Lukas Merz vom 18. November 1970 ist die Öffentlichkeit über die mit den Soleschwimmbad zusammenhängenden Fragen bruchstückweise orientiert. An der seinerzeitigen Pressekonferenz scheint in erster Linie von «heilenden Wassern» die Rede gewesen zu sein, nicht aber von einem gewinnbringenden Gewerbebetrieb. Die Quartierbewohner, welche seit Jahren das verödete Grundstück kannten, sehen die Sache eher realistisch und nicht mit von Volkswohl durchtränkter Sentimentalität an. Sie sehen im Heilbad das Mittel zum Zweck, einen Gewerbebetrieb aufzuziehen, dessen Initiatoren von der nach Gesundheit lechzenden Menschheit keinen Widerstand erwarten. Der neue Gewerbebetrieb möchte auf Grund seines Charakters den Eindruck eines Stillen Gewerbes erwecken, obwohl die Autoeinstellhalle an sich schon ein recht lärmiges Gewerbe darstellen wird. Es drängen sich vor allem mit dem zu erwartenden regen Besucherverkehr einige wichtige Fragen auf, die ich dem Gemeinderat stellen möchte:

1. Wie konnte der Gemeinderat zu einem Gewerbebetrieb in einer reinen Wohnzone seine Zustimmung geben? Hatte er nur das Volkswohl vor Augen und hat er die dahinter stehende Absicht nicht erkannt?

2. Liegt ein Großratsbeschluß vor über eine Umzonung von Zone 2a in Gewerbezone?

3. Stimmt es, daß der Gemeinderat sogar zu einem erweiterten Projekt Hand bieten wollte, allenfalls unter Opferung der Parkanlage am Essigwegli?

4. Ist sich der Gemeinderat bewußt, daß durch den Fahrradverkehr vom und erst recht zum Solbad in der Kilchgrundstraße eine unhaltbare Situation entsteht? Ist er bereit, mit der Verkehrsabteilung nochmals zu verhandeln, damit zumindest die Zufahrt von der Burgstraße erfolgen könnte?

5. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, daß die Besucher des Solebades gezwungen werden, ihre Autos in die Einstellhalle zu stellen, damit nicht sämtliche Parkflächen in der Umgebung blockiert werden?

6. Ist der Gemeinderat im Zusammenhang mit der drohenden Verschlimmerung der Verkehrsverhältnisse auf der Kilchgrundstraße endlich bereit, sich dafür einzusetzen, daß die 50 km/Std-Begrenzung eingeführt wird, bevor schwere Unfälle dazu zwingen?